



Gemeinsame Pressemitteilung der Städte Offenbach am Main und Frankfurt am Main, sowie der Polizeipräsidien Südosthessen und Frankfurt am Main:

Behördenübergreifende Hospitation bulgarischer Sozialarbeiterinnen und Polizeibeamter im Rhein-Main-Gebiet

Seit dem 15. Oktober 2013 besuchen zwei Sozialarbeiterinnen und zwei Polizeibeamte aus Bulgarien die Städte Offenbach am Main und Frankfurt am Main, um einen Einblick in die Arbeitsabläufe verschiedener Ämter, Organisationen und der Polizeipräsidien zu erhalten.

Hintergrund der Hospitation, die am 23. Oktober 2013 endet, ist die Förderung des Austauschs auf unterschiedlichen Gebieten hinsichtlich der Einwanderung bulgarischer Staatsbürger in das Rhein-Main-Gebiet.

Es werden verschiedene städtische Anlaufstellen für bulgarische Staatsangehörige (u. a. Ordnungsamt, Bürgerbüro, Sozialamt, Gewerbeamt, Wohnungsamt) in Offenbach und Frankfurt, sowie die Polizeipräsidien beider Städte besucht, die dortigen Arbeitsweisen vorgestellt und Problemfelder beleuchtet. Hierbei handelt es sich überwiegend um Verstöße gegen Ordnungsvorschriften des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, des Kraftfahrzeugsteuergesetzes und der Fahrzeugverordnung, sowie die Überbelegung von Wohnraum und die Begehung von Straftaten.

Der Austausch soll auch der Gestaltung von Betreuungs- und Integrationsmaßnahmen dienen, um eine gelungene Eingliederung in die multikulturelle Gesellschaft des Rhein-Main-Gebietes zu ermöglichen.

Die Zusammenarbeit mit den bulgarischen Behörden stellt auch einen wichtigen Schritt im Hinblick auf die Umsetzung der unbeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit bulgarischer Staatsangehöriger zum 01. Januar 2014 dar.

Bei der Begrüßung hob der Präsident des Polizeipräsidiums Südosthessen, Roland Ullmann, die Gründe des Erfahrungsaustausches hervor: „Die mit dem Thema Zuwanderung einhergehenden Probleme erfordern eine enge behördenübergreifende Zusammenarbeit auch über Ländergrenzen hinaus. Wir wollen vom Wissen und den Erfahrungen unserer Gäste profitieren, um die Situation besser einschätzen zu können. Weit überwiegend handelt es sich bei den Zuwanderern um Menschen, die aufgrund der wirtschaftlichen Situation und ihrer Lebensumstände in ihrem Heimatland zu uns kommen. Die Wanderungsbewegungen aus den südosteuropäischen Ländern haben auch Auswirkungen auf die Kriminalitätslage in unserer Region. Verschiedene Delikte wie Skimming, Metalldiebstähle, Trick- und Taschendiebstähle oder Ladendiebstähle haben zunehmend an Bedeutung gewonnen. Auf der anderen Seite sind die

Zuwanderer selbst Opfer von Straftaten, z.B. bei der Vermietung von Wohnraum, indem ihre Situation ausgenutzt wird.

Die Polizei und die Stadt haben frühzeitig durch einen engen Informationsaustausch und gemeinsame Maßnahmen auf diese Entwicklung reagiert. Dazu gehört auch der Einsatz unserer Migrationsbeauftragten. Der Besuch ist ein wichtiger weiterer Schritt in der gemeinsamen Problemlösung.“

Der in Offenbach am Main für Arbeit, Soziales, Integration und Ordnung zuständige Stadtrat Dr. Felix Schwenke begrüßt den Besuch der Delegation aus Bulgarien und den damit verbundenen Erfahrungsaustausch auf der Arbeitsebene:

„Besonders gelungen ist auch die Zusammensetzung der Gruppe der Hospitanten, die zum einen aus Polizeibeamten besteht, aber auch aus Fachleuten im Bereich der Sozial- und Familienhilfe und in Integrationsfragen. Die großen Herausforderungen für die besonders von der Zuwanderung betroffenen Städte und Gemeinden können unter anderem nur gelöst werden, wenn bei den zuständigen Behörden Fachwissen über die Umstände im Heimatland vorhanden ist. Dies gilt sowohl für den Kampf gegen Schlepper als auch für Integrationsfragen. Hierzu ist der direkte Kontakt zwischen bulgarischen und deutschen Verwaltungsstellen ein erster Schritt.“

Die Frankfurter Stadträtin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld freut sich ebenfalls über den Besuch der vier Beamtinnen und Beamten:

„Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben im Austausch mit den bulgarischen Hospitanten wichtige Einblicke gewonnen“

Gerade in der Wohnsitzlosenhilfe sei es hilfreich, die Hintergründe bestimmter Verhaltensweisen besser zu verstehen, betonte die Sozialdezernentin mit Blick auf einige obdachlose Bulgaren in Frankfurt.

Auch für den Frankfurter Polizeipräsidenten Dr. Achim Thiel steht es außer Frage, ebenfalls an diesem Programm teilzunehmen:

„Schon seit Jahren hat das Polizeipräsidium Frankfurt sich dem Thema bulgarische Staatsangehörige im Rhein-Main-Gebiet gewidmet. Als einen weiteren Schritt begrüße ich den Austausch, um eine gemeinsame Basis zu schaffen, indem die bulgarischen Staatsbürger bereits im Vorfeld über die Möglichkeiten und geltenden Vorschriften in Deutschland informiert und aufgeklärt werden.

Diese frühzeitige Präventionsmaßnahme ermöglicht es uns, viele Missverständnisse auszuräumen, Probleme erst gar nicht aufkommen zu lassen und die Zuwanderer bestmöglich zu integrieren.“